

Humanistische Union

Zu dem neuen Gesetz über Kruzifixe in Bayerischen Schulen

Münchner Arbeitskreis bietet Unterstützung gegen staatliche Bevormundung.

Schüler, Eltern und Lehrer, die sich gegen die staatliche Bevormundung, die in der gesetzlich vorgeschriebenen Anbringung von Kreuzen in Schulen liegt, wehren wollen, erhalten Unterstützung von dem Arbeitskreis "Kirche - Staat und Demokraten". Er bietet Informationen und konkreten - auch juristischen - Rat.

Zu diesem Arbeitskreis haben sich Einzelpersonen der F.D.P, der GRÜNEN und Vertreter von Organisationen zusammengefunden, die sich für eine klare Trennung von Staat und Kirche einsetzen. Dazu gehören u.a. der Bund für Geistesfreiheit, die Freidenker, die HUMANISTISCHE UNION und die Unitarier. Anlaß gab die staatlich-kirchliche Kampagne gegen das Bundesverfassungsgericht, das die bayerische Vorschrift, Kreuze in Klassenzimmern staatlicher Volksschulen anzubringen, als verfassungswidrig erklärt hatte.

Bernd Michl, Sprecher des Arbeitskreises: "Die Nichtchristen, deren Zahl immer größer wird, sehen indes voll Staunen und Empörung, was sich unter dem Deckmantel von "christlicher" Politik abspielt. Für viele steht das Kreuz als Symbol für die Mißachtung von Menschenrechten, für Zwang, Zerstörung und Völkermord - bis in unsere Zeit. Die jüdischen, muslimischen und alle anderen Mitbürger, die die Geschichte kennen, wissen, wovon sie sprechen.

Auch bei Christen hat sich mittlerweile die Erkenntnis breit gemacht, daß mit Hilfe der Kruzifix-Diskussion ein Machtspiel inszeniert worden ist, bei dem kirchliche Stellen bereitwilligst Schützenhilfe leisten. Es ist an der Zeit, daß wir alle uns zur Wehr setzen gegen den staatlich-kirchlichen Machtanspruch, der auch im neuen Schulgesetz wieder seinen Ausdruck findet. Wenn die Zustimmung in der Bevölkerung rapide schwindet, wird auch das Anbringen von Kreuzen per Gesetz diesen Machtanspruch nicht absichern".

Weitere Vorhaben des Arbeitskreises sind u.a. die Ablösung der Vorrechte der Kirchen, insbesondere der staatlich verordnete Einzug der Kirchensteuer, die staatliche Finanzierung von Geistlichen und der Theologenausbildung, die Verbesserung des Arbeitsrechts in Sozialeinrichtungen mit kirchlicher Trägerschaft.

Interessenten können sich wenden an:

HUMANISTISCHE UNION e.V. RV München-Südbayern, Paul-Hey-Str. 18, 82131 Gauting, Tel. 089/85 03 36

Bund für Geistesfreiheit München KdöR (bfg), Valleystr. 23, 81371 München, Tel. 089/77 59 88

Deutscher Freidenker Verband München(DFV), Fleischerstr. 3, 80337 München, Tel. 089/76 85 03

<https://www.humanistische-union.de/thema/zu-dem-neuen-gesetz-ueber-kruzifixe-in-bayerischen-schulen/>

Abgerufen am: 07.05.2024